



**Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung vom 14.06.2023
– Auszug aus Drucksache 18/29484 –**

**Frage Nummer 60
mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung**

Abgeordneter **Dr. Helmut Kaltenhauser** (FDP) Bezugnehmend auf die Antwort auf die Schriftliche Anfrage „Umgang mit abgelaufenen Corona-Schutzmasken“ der Abgeordneten Dr. Helmut Kaltenhauser und Dr. Dominik Spitzer (Drs. 18/28870) frage die Staatsregierung, um welches beauftragte Entsorgungsunternehmen es sich handelt, das dort in der Antwort auf die Fragen 1.1 bis 1.3 erwähnt wird, welche zwei Unternehmen einen Auftrag für die Beschaffung und Verteilung von 14 Mio. OP-Masken zur Versorgung des Personals an staatlichen Schulen und privaten Förderschulen für den Zeitraum nach den Frühjahrsferien 2022 bis zum Ende des damals laufenden Schuljahres (31.07.2022) erhalten haben (vgl. ebd. Antwort zu Frage 2.2) und welche konkreten Inhalte diese beiden Aufträge enthielten?

Antwort des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege und des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

Bei dem durch das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) beauftragten Entsorgungsunternehmen handelt es sich um die Firma [REDACTED].

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat die Beschaffung und Lieferung der benötigten Schutzmasken des Typs II R im Rahmen eines offenen Vergabeverfahrens ausgeschrieben. Bei den im Vergabeverfahren erfolgreichen Unternehmen handelt es sich um die [REDACTED] sowie um die [REDACTED]. Die Verträge mit der [REDACTED] und der [REDACTED] wurden jeweils am 11.03.2022 über rd. 8 Mio. bzw. rd. 6 Mio. Masken abgeschlossen mit Lieferverpflichtung an die verschiedenen Kreisverwaltungsbehörden als Bestimmungsort. Der Gesamtpreis für die ca. 14 Mio. Masken inkl. Lieferverpflichtung betrug 665.922,05 Euro.